

1 Antrag

2 Die Landes-ASTen-Konferenz Baden-Württemberg möge beschließen:

3 Die Landesstudierendenvertretung spricht sich grundsätzlich gegen die Festschreibung eines
4 Vollverschleierungsverbots für Studierende an Hochschulen im Landeshochschulgesetz aus. Das
5 Präsidium wird damit beauftragt, dies entsprechend in den Forderungskatalog bezüglich der
6 Novellierung des Landeshochschulgesetzes aufzunehmen und die Position nach außen zu vertreten.

7 Begründung:

8 In Hamburg hat das Oberverwaltungsgericht gegen ein Niqab-Verbot an einer Berufsschule geurteilt
9 aufgrund fehlender Rechtsgrundlage, die nun dort geschaffen werden soll. Die baden-
10 württembergische Kultusministerin Eisenmann will nun diese Lücke auch im Schulgesetz hierzulande
11 schließen mittels eines Vollverschleierungsverbots. Die CDU-Fraktion hatte danach ein Verbot von
12 Vollverschleierung auch an Hochschulen im Land gefordert, woraufhin Wissenschaftsministerin Bauer
13 ankündigte, ein entsprechendes Verbot auch im Landeshochschulgesetz (LHG) zu verankern,
14 wenngleich keine konkreten Fälle bisher vorlägen. Diese Änderung könnte bereits in die aktuell
15 laufende LHG-Novellierung einfließen. Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg hat
16 am 18.09.2019 einen Forderungskatalog mit notwendigen Änderungen veröffentlicht, der seither auch
17 bereits erweitert wurde. Das neue Thema Vollverschleierungsverbot findet darin noch keine
18 Berücksichtigung, jedoch sollte es dazu von der Landesstudierendenvertretung eine Positionierung
19 geben. Die Landes-ASTen-Konferenz hat am 16.02.2020 beschlossen, dass die Studierendenschaften
20 zur Durchführung eines internen Meinungsbildungsprozesses aufgerufen werden sollen. Diesem
21 Ansinnen wurde Rechnung getragen. Einige Studierendenschaften haben Rückmeldung gegeben. Die
22 Ergebnisse werden nachgereicht.

23 Weitere Erläuterungen erfolgten bereits mündlich in der Sitzung am 16.02.2020. Der Antrag wurde
24 vertagt und wird hiermit erneut eingereicht.

25 Ich bitte die Landes-ASTen-Konferenz um Zustimmung.

26 Andreas Bauer für das Präsidium

27 Mannheim, 26.04.2020